

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 14.03.2013

Ort: Stadthaus, 1. Etage, Beratungsraum 116, Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:35 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:40 Uhr bis 18:35 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 18:35 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:35 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:35 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:35 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:35 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 18:35 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	16:30 Uhr bis 18:35 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 18:35 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:45 Uhr bis 18:35 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Vertretung: Frau Raab

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Unterlagen wurden als Tischvorlagen ausgegeben:

- Stand der Voten der Fachausschüsse
- Veränderungen von Ansätzen nach dem Finanzausschuss 5.3.2013

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Abschlussberatung
Vorlage: V/2012/11037
 - 3.1.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
 - 3.1.2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11307) - Raumflugplanetarium
Vorlage: V/2013/11446
 - 3.1.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) - Ist-Kosten Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/11487
 - 3.1.4. Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) - Ist-Kosten Bereich Kita
Vorlage: V/2013/11481
 - 3.1.5. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Vorhalten von Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2012/10688

- 3.1.6. Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11563

4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 **Beschlussvorlagen**

zu 3.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 Abschlussberatung Vorlage: V/2012/11037**

An der Diskussion zum Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) 2013 beteiligten sich alle Mitglieder des Ausschusses sowie Herr Geier, Herr Stäglin, Herr Kogge, Herr Neumann, Herr Rauschenbach (Geschäftsführer Rauschenbach & Kollegen GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft), Frau Müller (amtierende Fachbereichsleiterin Finanzen), Herr Roesler (Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung / Nahverkehr).

Geschäftsbereich II – Stadtentwicklung und Umwelt

(Der Geschäftsbereich wurde in der Reihenfolge der Behandlung vorgezogen, da zeitgleich der Planungsausschuss stattfand.)

Herr Stäglin erläuterte auf Anfrage die Verschiebung der Fördermittel aufgrund der Durchführung des Stadtbahnprogrammes. Die Ansätze für dieses waren bei der Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht bekannt. Die Deckung war eigentlich für andere Maßnahmen geplant, die nun aufgrund der Priorität zurückgestellt werden. Er betonte ausdrücklich, dass diese nicht entfallen. Neue Lichtzeichenanlagen können jedoch auch zu einem späteren Zeitpunkt installiert werden.

(16:45 Uhr – Herr Wehrich kam in die Sitzung.)

Zu den eingestellten Mitteln aus der Ruherechtsentschädigung für die Friedhöfe führte Herr Stäglin aus, dass sich diese zurzeit noch in der Rücklage befinden. Die Mittel werden zielgerichtet und zweckentsprechend z. B. auf dem Gertraudenfriedhof eingesetzt.

zu 3.1.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844

Herr Geier führte aus, dass im Antrag weder die finanziellen Auswirkungen noch die Deckung dieser benannt seien.

Herr Stäglin fügte an, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum Zustand des Baumbestandes und zum finanziellen Aufwand für eine fachgerechte Pflege zwar inhaltlich richtig sei, dieser Richtwert jedoch bei der Haushaltslage der Stadt Halle nicht abgebildet werden könne. Zunächst müsse sich die Stadt auf die Gefahrenabwehr und eine Minimalpflege beschränken. Der Punkt 3 des Antrages könne momentan nicht erfüllt werden. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel seien Neupflanzungen nicht möglich.

Herr Krause ergänzte den Antrag der Fraktion: für Ersatzpflanzungen von ca. 100 Bäumen werden Ausgaben in Höhe von 226 T€ in den Haushaltsplan eingestellt.

In der weiteren Diskussion wurde die Notwendigkeit der beantragten Mehrausgaben betont.

Herr Geier und Herr Rauschenbach wiesen darauf hin, dass dem Geschäftsbereich II ein nicht unerhebliches Budget zur Verfügung stehe. Innerhalb des GB II müsste eine Deckung gefunden werden können.

Im Ergebnis der Diskussion verständigten sich die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass die Deckung aus Mehrerträgen im Produkt 1.12201 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ (Haushaltsansatz Bußgelder) erfolgt und in das Produkt 1.55103 Stadtgrün (Bäume, Gehölze etc.) Aufwand für Sach- und Dienstleistungen eingestellt wird.

Aus den Reihen der Mitglieder wurde darauf hingewiesen, dass die Festsetzungs- und Vollstreckungspraxis für die Ansätze der Bußgelder unbedingt überprüft werden müsse. Dies sei bereits eine regelmäßige Forderung des Rechnungsprüfungsamtes und des Rechnungsprüfungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass mittelfristig notwendige Baumfällungen durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplanentwürfen der Stadtverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2013 zu berücksichtigen.
2. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Kompensation der Altbestände von Hybridpappeln durch die Pflanzung anderer Baumarten im Stadtteil Neustadt zu richten.
3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die finanzielle Ausstattung des Grünflächenamtes einen langfristigen Pflegeplan für den kommunalen Baumbestand einschließlich des Straßenbaumbestandes ermöglicht.
4. Die Deckung der Kosten für die Ersatzpflanzungen (ca. 100) in Höhe von 226 T€ erfolgt aus Mehrerträgen im Produkt 1.12201 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ (Haushaltsansatz Bußgelder), die bisher nicht im Haushaltsentwurf 2013 eingeplant worden sind.
Die Mittel sind in das Produkt 1.55103 Stadtgrün (Bäume, Gehölze etc.) Aufwand für Sach- und Dienstleistungen einzustellen.

Geschäftsbereich Oberbürgermeister

Es wurde über den Haushaltsansatz des Zuschusses an die BMA (BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)) diskutiert. Im Ergebnis wurde die Verwaltung gebeten, Erläuterungen des Haushaltsansatzes Zuschuss an die BMA nachzureichen.

Danach beantwortete Frau Müller (amt. Fachbereichsleiterin Finanzen) Fragen zum Haushaltsansatz der Feuerwehr. Die Verwaltung wurde um schriftliche Nachreichung der Beantwortung folgender Fragen zur Feuerwehr Liebenauer Straße, Sanierung Haupthaus gebeten:

- Stellungnahme zur Übertragbarkeit der Mittel
- Darstellung des gesamten Sachverhaltes zur Deckung der Eigenmittel (wo kommen diese Mittel her und wofür sollen sie jetzt eingesetzt werden)
- Wird die Ablehnung der Förderung vom Land jetzt aufgehoben, wo der Eigenmittelanteil der Stadt erbracht wird?

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass folgende Veränderungen für das Gerätehaus Trotha im Haushaltsplan 2013 eingestellt seien:

Verpflichtungsermächtigung 2013	1.368 T€
Planungsmittel 2013	130 T€
Bauleistungen 2013	456 T€
Bauleistungen 2014	706 T€
Bauleistungen 2015	662 T€

Über die Verpflichtungsermächtigung 2013 können die Bauleistungen der Jahre 2014 und 2015 bereits vertraglich gebunden werden.

Es wurde nach dem Sachstand der Finanzierung des Digitalfunks durch das Land gefragt. Die Verwaltung sagte eine Zuarbeit bis zur Sitzung am 19.03.2013 zu.

**zu 3.1.6 Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11563**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Produkt „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ auf Seite 572 wird der Ansatz für das Haushaltsjahr 2013 in der Zeile 6 um 531.800,00 Euro auf 3.800.000,00 Euro erhöht.

Geschäftsbereich III - Kultur und Sport

Die Verwaltung wurde gebeten, im Fachausschuss zu gegebener Zeit eine Sachstandsinformation zur Kraftsporthalle inklusive des Eigenmittelnachweises und der Ergebnisse der Diskussion mit dem Landesverwaltungsamt zu geben.

**zu 3.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11307) - Raumflugplanetarium
Vorlage: V/2013/11446**

Abstimmungsergebnis:

erledigt – die Verwaltung hat den Änderungsantrag übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Im Produkt 1.28105 „Raumflugplanetarium“ werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 20.000 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt. **den Betriebskosten.**

Geschäftsbereich IV – Bildung und Soziales

Aufgrund von Nachfragen wurde um eine schriftliche Nachreichungen der Erläuterungen zur Ertragsminderung im Produkt Hilfen zum Lebensunterhalt und um eine Aufschlüsselung des Produktes Leistungen nach SGB II gebeten und von der Verwaltung zugesagt.

Herr Neumann avisierte eine wichtige Entscheidung in der morgigen Trägerversammlung zu den Kosten der Unterkunft.

**zu 3.1.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) - Ist-Kosten Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/11487**

Abstimmungsergebnis:

vertagt – in die Sitzung am 19. März 2013

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Für das Produkt Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende – sind die Ist-Kosten des Jahres 2012 als Planansatz für das Jahr 2013 für die Kosten der Unterkunft einzustellen.

Der Ansatz des Produktes Hilfen für Asylbewerber werde aufgrund eines Hinweises durch ein Ausschussmitglied vor dem Hintergrund der veränderten gesetzlichen Grundlage überprüft und ggf. ein Änderungsblatt vorgelegt.

Herr Kogge wies darauf hin, dass sich die Rückforderungspraxis der Unterhaltsvorschussleistungen des Landes geändert habe.

Herr Geier fügte an, dass die Jugendpauschale seit dem Haushaltsplan 2013 im Produkt Jugendarbeit geplant werde. Dies sei transparenter als der Ansatz im Rahmen der Einnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz.

Herr Rauschenbach ergänzte, dass eine Änderung des Ansatzes in Höhe von 4 Mio. € mehr vorgenommen wurde.

Die Verwaltung wurde im Ergebnis der Diskussion zur Thematik Zuschüsse zum Betrieb von Kindereinrichtungen um folgende Zuarbeiten gebeten:

- verständliche Aufbereitung der Produkte Zuschüsse an EB Kita und an Freie Träger (wie setzen sich die Summen im Haushalt zusammen)

- Aufschlüsselung der Teilbereiche in den Transferleistungen
- Übergabe eines neuen Änderungsblattes für das Produkt

**zu 3.1.4 Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037) - Ist-Kosten Bereich Kita
Vorlage: V/2013/11481**

Abstimmungsergebnis:

vertagt – in die Sitzung am 19. März 2013

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, in der Kostenstelle 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen – die Ist-Kosten des Jahres 2012 aus dem Bereich Kindertagesstätten als Planansatz für das Jahr 2013 einzustellen.

Auf Nachfrage zur Auskömmlichkeit des Ansatzes für die Schülerbeförderung nach der avisierten Kostenerhöhung für die Fahrten wurde ausgeführt, dass im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes bei gegebener Notwendigkeit eine Nachsteuerung erfolgen könne.

Frau Müller erläuterte, dass vom Land für diese Ausgabe ca. 800 T€ Ergänzungszuweisungen gezahlt werden.

**zu 3.1.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Vorhalten von Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2012/10688**

Frau Raab erläuterte, dass sich der Antrag aufgrund der gründlichen Bearbeitung der Thematik durch die Verwaltung erledigt habe.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) stellt sicher, dass in allen öffentlichen Gebäuden mit erheblichem Besucheraufkommen, die entweder von der Stadt selbst betrieben werden oder in ihrem Auftrag mit städtischem Zuschuss privat bewirtschaftet werden, Defibrillatoren einsatzbereit vorgehalten werden.

2. Die Defibrillatoren sind vom jeweiligen Mieter bzw. Eigentümer der o.g. Gebäude vorzuhalten und deren Standorte deutlich kenntlich zu machen.
3. Die Stadt bemüht sich gegenüber den Betreibern weiterer öffentlich genutzter Gebäude (mit erheblichem Besucheraufkommen) in Halle (Saale) um die Bereitstellung von Defibrillatoren.
4. In der Sitzung des Stadtrates im Dezember 2012 legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat eine Übersicht aller mit Defibrillatoren ausgestatteten Gebäude vor.

Geschäftsbereich V – Wirtschaft und Wissenschaft

Herr Neumann erläuterte die haushaltsneutrale Verschiebung der Ansätze für das Industriegebiet A 14, die im Fachausschuss abgestimmt wurden. Aufgrund einer nicht erteilten Netzgenehmigung werden die Ansätze verschoben. Die Mehrerträge ergeben sich aus im Jahr 2012 nicht voll ausgegebenen Mitteln und werden im Wirtschaftsplan der Gesellschaft dargestellt.

Abstimmungsergebnis

zum TOP 3.1 - Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013:

beraten

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 Mitteilungen

zu 7 mündliche Anfragen

zu 8 Anregungen

Zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Auf ausdrückliche Nachfrage wurde auf die Durchführung eines nicht öffentlichen Teils der Sitzung einstimmig verzichtet.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin